

A1-Beschluss Nach dem Bürgerentscheid: Keine Schnellschüsse, sondern Brücken bauen!

Gremium: Mitgliederversammlung

Beschlussdatum: 28.08.2018

Der Bürgerentscheid hat ein knappes, aber eindeutiges Ergebnis geliefert: Für das Konzept des Wasserlandbades gibt es in Bonn keine ausreichende gesellschaftliche Legitimation. In zwei Bürgerentscheiden konnten wir neben einer erfreulich hohen Wahlbeteiligung sehen, wie sehr die Debatte über das Bäderkonzept die Stadtgesellschaft geteilt hat. Dabei wurde es im Diskurs zum Teil besorgniserregend rau. Nach dem Entscheid sehen wir es als unsere Aufgabe und Verantwortung an, die Fäden wieder aufzunehmen und eine Brücke zu bauen, die alle Interessensgruppen und beide Lager verbindet.

Die beiden Bürgerentscheide stehen sich nur scheinbar diametral gegenüber. Die Bürger*innen haben zunächst mehrheitlich entschieden, dass das Kurfürstenbad in der bisherigen Form nicht aufrechterhalten werden soll. Das ist das Ergebnis des ersten Bürgerentscheids aus dem Jahr 2017. Wir wissen nach dem zweiten Bürgerentscheid, dass es ebenfalls keine Mehrheit der Bürger*innen für das geplante Wasserlandbad gibt. Demokratiethoretisch ist es aus unserer Sicht richtig, beide Bürgerentscheide gleich ernst zu nehmen. Eine Sachlösung kann es daher nur auf Grundlage beider Bürgerentscheide geben. Jedoch stehen wir nach dem zweiten Bürgerentscheid in der Bäder-Debatte vor einer Neuorientierung, denn wir wissen zwar jetzt, was die Bürger*innen explizit abgelehnt haben, aber nicht, sie welche Bäderlandschaft wollen. Da die aktuellen Bäder marode, wartungsanfällig und teuer sind, darf die Konsequenz aus dem Bürgerentscheid daher kein Stillstand sein. Vielmehr braucht es eine Bewegung in der Bäder-Frage und am Ende auch eine Entscheidung, die Politik, Verwaltung, Schulen, Vereinen und der Stadtgesellschaft wieder eine Planungssicherheit gibt.

Wohin diese Entscheidung gehen soll, müssen wir behutsam und dennoch zügig angehen und beantworten. Die 20-jährige Bäder-Diskussion darf dabei aber nicht einfach in die nächste Runde gehen. Wir konnten im Diskurs zum Bürgerentscheid ebenfalls einen Vertrauensverlust in Politik und Verwaltung wahrnehmen. Wir brauchen eine Wende in der Diskussion! Die Wende in der Diskussion muss aus unserer Sicht deshalb nicht nur sprachlicher Art, sondern auch inhaltlicher Art sein. Dabei fordern wir alle auf, konstruktive Vorschläge einzubringen, die beide Bürgerentscheide berücksichtigen.

Das bedeutet auch, dass Schnellschüsse und Festlegungen in die eine Richtung und Ablehnungen von Vorschlägen in die andere Richtung uns nicht weiterbringen. Im Gegenteil: Sie schütten Öl ins Feuer. Für uns GRÜNE sind nun wieder viele Möglichkeiten denkbar.

Wir GRÜNE werden Lösungsvorschläge für eine neue Bäderlandschaft einbringen. Gleichzeitig wissen wir aber auch, dass eine Diskussion, in der die politischen Fraktionen und Parteien monatelang öffentlich um das beste Konzept streiten, nicht die notwendige, breite Mehrheit der Stadtgesellschaft für die neue Bäderlandschaft in der Stadtgesellschaft generieren kann. Wir sind daher der festen Überzeugung, dass eine breite gesellschaftliche Akzeptanz nur gelingt, wenn die Stadtgesellschaft intensiv beteiligt wird.

Die Politik ist dabei jetzt aufgefordert, die Möglichkeiten für eine breit getragene Entscheidung zu schaffen. Dabei müssen die Parteien und Fraktionen

45 eigene konstruktive Vorschläge einbringen und sich auf gemeinsame
46 Rahmenbedingungen einigen. Dazu gehört zum Beispiel ein Zeit- und ein
47 Finanzrahmen.

48
49 Für uns Grünen sind der Erhalt, die Aufwertung des Frankenbadplatzes und die
50 öffentlichen Nutzung des Frankenbadgebäudes (Soziokulturell, Sport, Kultur)
51 unverzichtbar, dabei ist auch die Option der Sanierung des Frankenbades zu
52 prüfen. Die bereits geplante Dachsanierung ist umgehend durchzuführen.

53 Im Beteiligungsverfahren setzen wir GRÜNE dabei auf einen mehrstufigen Prozess.
54 Wir wollen uns im ersten Schritt mit allein Stakeholdern zusammen setzen. Dazu
55 gehören die Initiativen aus dem ersten und zweiten Bürgerentscheid, die Sport-
56 und Schwimmverbände, eine Vertretung der Schulen, die Vertreter*innen der
57 Stadtschulpflegschaft und der Bezirksschülervertretung und der im
58 Integrationsrat mitwirkenden Organisationen, sowie alle im Rat vertretenden
59 Parteien. Diesen wollen wir die Möglichkeit geben, ihre Vorstellungen und
60 Konzepte, die beide Bürgerentscheide berücksichtigen, zu präsentieren und mit
61 Hilfe der Verwaltung mit Zahlen unterlegen.

62 Wir wollen gleichzeitig nach den Bonner Leitlinien eine Planungszelle ins Leben
63 rufen. Diese besteht aus repräsentativ ausgewählten Bürger*innen. Diese
64 Planungszelle hat den Auftrag, aus den verschiedenen Vorschlägen der Stakeholder
65 einen möglichst konsensualen Vorschlag zu erarbeiten. Dabei soll die Verwaltung
66 Hilfestellung leisten und Zahlen und Fakten zu Verfügung stellen. Wir legen
67 große Hoffnung in diese Form der Beteiligung, weil nur so sichergestellt ist,
68 dass auch der Teil der Stadtgesellschaft gehört wird, der bei sonstigen
69 Verfahren unter den Tisch zu fallen droht.

70 Am Ende des Verfahrens soll der Vorschlag der Planungszelle per
71 Ratsbürgerentscheid der Bonner Bevölkerung zur Abstimmung gestellt werden. So
72 können wir sicherstellen, dass die neue Bäderlandschaft eine große Legitimation
73 in der Stadtgesellschaft genießt. Gleichzeitig gibt die Sperrfrist eines
74 Ratsbürgerentscheids der Stadtgesellschaft, den Schwimmvereinen, den Schulen und
75 der Verwaltung die Planungssicherheit, um den Beschluss seriös umzusetzen.